

## Konkurrenz für „Spickmich“

DÜSSELDORF, 17. August. Pünktlich zum Ende der Sommerferien in Nordrhein-Westfalen hat Schulministerin Barbara Sommer (CDU) eine beruhigende Botschaft für viele Schüler, Eltern und Lehrer. Den Schulen im Land stünden viele Monate ohne große Neuerungen bevor. Nach den Reformen in den vergangenen vier Jahren sollen alle Beteiligten in Ruhe lernen und arbeiten können – zumal im kommenden Mai eine neuer Landtag gewählt wird. Bis dahin will Ministerin Sommer möglichst nur mit guten Nachrichten wie etwa den rund 7000 seit 2005 zusätzlich geschaffenen Lehrstellen oder der Ausweitung des Ganztagsangebots in Verbindung gebracht werden. Schon lästern manche, Frau Sommer habe sich einer Politik der „ruhigen Hand“ verschrieben.

Eine ruhige Hand braucht die Ministerin für ihr neuestes Vorhaben zweifellos. Denn sie wagt sich auf ein besonders vermintes Feld: Frau Sommer will „Spickmich“, einem Internetportal für Schüler, Konkurrenz machen. Das Urteil, in dem der Bundesgerichtshof vor den Sommerferien die Bewertung von Lehrern durch ihre Schüler auf „Spickmich“ für zulässig erklärt habe, sei ein „falsches Signal“, kritisiert Frau Sommer. Sie begrüßt, dass die betroffene Lehrerin in Revision gehe und nun vor dem Bundesverfassungsgericht für ihr Recht kämpfe. Internet-Foren wie „Spickmich“ gäben Lehrern teilweise in aller Öffentlichkeit der Lächerlichkeit preis. Mit Fotohandy und Internet sei es möglich, Berichte und Bilder rasch rund um die Welt zu publizieren und zu manipulieren. Sie nehme die Verunglimpfung von Lehrkräften durch persönlichkeitsverletzende Veröffentlichungen wegen ihrer Fürsorgepflicht sehr ernst. Freilich finde Unterricht auch nicht im luftleeren Raum statt. Feedback sei erwünscht und notwendig.

Deshalb will die Ministerin nun „Spickmich“ mit einem landeseigenen „Rückmeldeverfahren“ entgegentreten. Es gehe um eine „Rückmeldekultur“, die den angstfreien Austausch der Schüler mit ihren Lehrern ermögliche. Das könne zwar online, aber nur in einem durch ein Kennwort geschützten und für Dritte nicht zugänglichen Raum stattfinden. Als „höchst interessantes Modell“ lobt die Ministerin das an der Universität Jena entwickelte Verfahren „Schüler als Experten für Unterricht“. Die Kinder und Jugendlichen können dabei in Online-Fragebögen beschreiben, wie sie den Unterricht erleben und welche Bedürfnisse und Interessen sie haben. Unter der Rubrik „So sehe ich diesen Aspekt meines Unterrichts“ kann dann der Lehrer Stellung nehmen.

In wenigen Tagen will Ministerin Sommer mit den Lehrerverbänden und der Landesschülervertretung über das Thema sprechen, um im kommenden Halbjahr einen wissenschaftlich begleiteten Versuch mit der „Spickmich“-Konkurrenz an mehreren Schulen zu beginnen. Bewähre sich das Instrument, könne es in der kommenden Legislaturperiode schrittweise in ganz Nordrhein-Westfalen eingeführt werden. (reb.)

## Deutschland – ein Puzzle Wahlkreis 39

### Mittiger geht es kaum

Alle vier Herausforderer aus den Bundestagsparteien ragen in ihren Ämtern heraus. Nur der Wahlkreisinhaber von Osnabrück-Stadt, Martin Schwanholz (SPD), ist wenig bekannt. Im Bundestag, wo der Europapolitiker seit sieben Jahren sitzt, ist er kaum bei Reden im Plenum zu hören. In Osnabrück, berichten Kommunalpolitiker, sei er umgänglich, aber auch dort wenig präsent außer in seiner Parteibasis, um die er sich rege kümmert. Das hat offenbar auch die SPD bemerkt – auf der Landesliste rutschte Schwanholz um sieben Listenplätze nach hinten. Seine Wiederwahl als Direktkandidat ist ungewiss, obwohl sein CDU-Gegenkandidat Matthias Middelberg nach innen respektiert, breit erfahren und einflussreich ist, nach außen aber ebenso wenig sichtbar. Als Leiter der Wirtschaftspolitik in der hannoverschen Staatskanzlei ist der Wirtschaftsjurist, der Erfahrungen in mehreren Unternehmern vorweisen kann, Hauptkoordinator im Hintergrund der für Niedersachsen ungewinnlichen Einiigung um Volkswagen und Porsche. Dabei half ihm seine enge Bindung zum niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff, den er seit den Zeiten der Schülerunion kennt.



Martin Schwanholz

Bei der letzten Bundestagswahl unterlag Middelberg Schwanholz nur knapp mit 3,7 Prozent Abstand. Der Wahltrend deutet nun auf eine CDU-Mehrheit im Wahlkreis, der nie ein Erbhof einer der beiden großen Parteien war. Einen Rückschlag könnte ihm indes der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP im Bundestag und deren Spitzenkandidat in Niedersachsen, der Rechtsanwalt Carl-Ludwig Thiele, bringen: Weit entschlossener als andere FDP-Kandidaten wirbt Thiele, seit 1990 Bundestagsabgeordneter, um Erststimmen. Der Finanzpolitiker hofft offenbar, mit einem persönlichen Erfolg seine Chancen auf ein Amt als Parlamentarischer Staatssekretär zu festigen. Aber auch Schwanholz hat zwei veritable Rivalen auf dem linken Flügel, die Erststimmen abziehen könnten. Die Kandidatin der Linkspartei Maren Kaminski ist zwar eher in Hannover als in Osnabrück verwurzelt, als Sprecherin der Landespartei genießt sie aber Respekt und eine gewisse Aufmerksamkeit. Und die grüne Wahlkreisbewerberin Dorothea Steiner ist die rührige Landesvorsitzende der Grünen in Niedersachsen.



Fast alle Bewerber stellen sich als „mittig“ dar; das gilt auch für den jetzigen und den vorigen Bürgermeister Osnabrücks, die als einzige „sichtbare“ SPD-Politiker der Stadt gelten. Im Rat der Stadt wird mit wechselnden Mehrheiten entschieden – so wie einst die Herrscher der Region abwechselnd katholische und protestantische Fürstbischöfe waren. Das entspricht dem Gefühl im Wahlkreis, der von Mittelstand und Harmoniebedürfnis geprägt ist. Sichtbar wird das in der ungewöhnlichen Geschichte der Stadt des Westfälischen Friedens als Hort der Ökumene. Je ein Drittel der Bewohner sind Protestanten und Katholiken, die Konfession spielt aber bei Wahlen eine deutlich geringere Rolle als früher. Wichtig ist vor allem der Einsatz für den Mittelstand – dort hat Middelberg als Mittelstandsbeauftragter der Landesregierung einen Vorteil.

Wirtschaftlich ist Osnabrück, nach Hannover und Braunschweig größte Stadt des Landes, solider aufgestellt als andere Großstädte. Selbst der Abzug der letzten britischen Truppen im Frühjahr dieses Jahres – in den Siebzigern die größte Garnison außerhalb Großbritanniens – erschütterte das Gefüge wenig. Einziges wirkliches und gefühltes Problem ist die weitgehende Schließung des Autowerkes Karmann. Dort haben sich Schwanholz wie Middelberg für Auffanglösungen eingesetzt. Verwaltung fehlt ebenso wie Großindustrie – stattdessen sind Handel und Logistik große Arbeitgeber. Eine Ausnahme ist der Stahlhersteller Georgsmarienhütte mit seiner Schwerindustrie in einer der fünf Randgemeinden, die in den Wahlkreis 39 einbezogen sind. Er trägt von der kommenden Bundestagswahl an die Nummer 40. Die anderen vier Ortschaften Hasbergen, Wallenhorst, Belm und Hagen wurden von Agrargemeinden zu Pendlerorten im Teutoburger Wald. Die Bewohner des Oberzentrums für das südwestliche Niedersachsen und Teile des angrenzenden Westfalens wählen so, wie sie sind: unangeregt, bedächtig, aber auch listig.



Mathias Middelberg

ROBERT VON LUCIUS

## Begleitgesetz „politisch durch“

ban. BERLIN, 17. August. Die Bundestagsfraktionen von Union und SPD werden sich am Donnerstag und Freitag mit den Ergebnissen der Verhandlungen über die – vom Bundesverfassungsgericht geforderte – Verbesserung der Mitwirkung von Bundestag und Bundesrat in der Europa-Politik befassen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Röttgen, äußerte am Montag vor Beginn der letzten Verhandlungsrunden, es sei beabsichtigt, dass die Fraktionen von Union, SPD, FDP und Grünen die Gesetzesänderungen gemeinsam in die parlamentarischen Arbeiten einbringen sollten. Verschiedene Arbeitsgruppen der Koalition, der Bundestagsfraktionen und der Bundesländer besprachen am Nachmittag letzte Details. Insgesamt wird es sich um vier Gesetzentwürfe handeln. Unter anderem wird die bisherige Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Bundestag über die Informationspflichten der Regierung zu europapolitischen Angelegenheiten in einem Gesetzentwurf zusammengefasst. „An sich sind wir politisch durch“, sagte Röttgen. Die Regierung müsse dem Bundestag alle notwendigen Unterlagen und Dokumente vorlegen, die in Brüssel behandelt würden. Stellungnahmen des Bundestages müsse sie bei den Verhandlungen in der EU zugrunde legen. Der Bundesrat erhalte – im Rahmen der Zuständigkeiten der Länder – die gleichen Rechte wie der Bundestag. Doch werde die Regierung „voll und uneingeschränkt verhandlungsfähig“ bleiben.

## Inland in Kürze

**Hüsejin Ö. wieder in Haft** – Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main hat angeordnet, Hüsejin Ö., der wegen Unterstützung der „Islamischen Dschihad Union“ als einer ausländischen terroristischen Vereinigung angeklagt ist, wieder in Haft zu nehmen. Das sei am späten Freitagabend erfolgt, teilte das Gericht am Montag mit. Ö. soll unter anderem seine EC-Karte dem als Mitglied der „Sauerland-Gruppe“ angeklagten Adem Y. übergeben haben. Seit Oktober vorigen Jahres war Ö. unter Auflagen frei. Nun habe er jedoch intensive Vorbereitungen für eine Ausreise getroffen, zudem bestehe der Verdacht, dass sich Ö. wieder in den „Dschihad“ begeben werde, heißt es weiter. Adem Y. soll Ende August als Zeuge im Verfahren gegen Ö. aussagen. (frs.)

**Lengsfeld widerspricht Wulff** – Vera Lengsfeld (CDU) hat am Montag der Schilderung von Niedersachsens Ministerpräsident Wulff (CDU) widersprochen, Kanzlerin Merkel (CDU) habe in einem Gespräch mit ihr erwirkt, ihre Plakataktion einzustellen. „Es gibt definitiv auch keine Aufforderung der Kanzlerin, diese Plakate abzuhängen“, sagte Frau Lengsfeld der Nachrichtenagentur dpa. Auf den Plakaten sind beide Politikerinnen tief dekollektiert abgebildet, darunter der Slogan „Wir haben mehr zu bieten“. Frau Lengsfeld kündigte in der Zeitung „Bild am Sonntag“ eine weitere Plakataktion an. Das Plakat werde „ähnlich frech“ sein. (F.A.Z.)

**„Stavanger“-Kapitän demittiert** – Der Kapitän des aus der Hand von somalischen Piraten befreiten Frachters „Hansa Stavanger“, Kotiuk, hat einen Bericht über Schadensersatzforderungen gegen die Hamburger Reederei Leonhardt & Blumberg zurückgewiesen. „Das ist Blödsinn, eine Frechheit“, sagte er dem „Hamburger Abendblatt“. Die Zeitschrift „Focus“ hatte die Frau des Kapitäns mit der Forderung nach Schadensersatz zitiert. (dpa)

**Lafontaine: Immer der Stärkere** – Der Spitzenkandidat der Linkspartei im Saarland, der Parteivorsitzende Lafontaine, hat in der Zeitung „Tagesspiegel“ nicht gesagt, die Linkspartei unterstütze nach der Landtagswahl auch dann einen SPD-Ministerpräsidenten, wenn sie stärker als die SPD werde. Vielmehr sagte Lafontaine, die Linkspartei habe keine Probleme damit, den SPD-Spitzenkandidaten Maas zu unterstützen, wenn die SPD stärker sei als seine Partei. Lafontaine wurde in unserer Montagsausgabe falsch zitiert. Am Montag sagte er, die Linkspartei bleibe dabei: Immer der Stärkere schlage den Ministerpräsidenten vor. (F.A.Z.)

## Rückzahlung nur unter Vorbehalt

Die Mehrheit der Isländer lehnt das mit London und Den Haag geschlossene „Icesave“-Abkommen ab. Nun liegt ein Kompromiss vor – dessen Bedingungen sind aber so heikel, dass es fraglich ist, ob die Partner Islands zustimmen werden.

Von Siegfried Thielbeer

KOPENHAGEN, 17. August. Nach wochenlangen Querelen hat es die isländische Ministerpräsidentin Jóhanna Sigurdardóttir womöglich doch noch geschafft, ihre Regierungskoalition und das Abkommen mit Großbritannien und den Niederlanden über die Entschädigung von deren Sparern bei der Bank „Icesave“ zu retten. Parallel zu den Koalitionsverhandlungen über einen EU-Beitritt hatte sich seit Juni ein gewaltiges Protestpotential angestaut: Die Isländer gingen gegen die Icesave-Vereinbarung auf die Straßen und warfen der Regierung vor, die Zukunft des Landes zu verspielen und jeden Bürger Islands mit Auslandsschulden zu belasten, die sie niemals abbezahlen könnten. Und im Parlament, dem Althingi, bahnte sich entscheidender Widerstand an: Nicht nur die Opposition, sondern auch Abgeordnete der Koalition von Sozialdemokraten und Linksrünen drohten, gegen das Abkommen, dem das Parlament zustimmen muss, zu stimmen; selbst Minister kündigten einen derartigen Schritt in den heftigen Parlamentsdebatten an. Vor allem bei den Linksrünen schien der Widerstand unüberwindbar.

Icesave, eine Tochter von Landsbanki, hatte seit 2006 etwa 320 000 Anleger aus Großbritannien und den Niederlanden mit konkurrenzlos hohen Zinsen dazu verlockt, ihr Geld dort anzulegen. Als das Kartenhaus der Finanzspekulation zusammenfiel, verstaatlichte Islands Regierung die Banken, auch Landsbanki, und war nun dafür verantwortlich. Zunächst wollte man nur die Einlagen der Isländer garantieren, aber dies hätte gegen die Gleichbehandlungsregeln des Europäischen Wirtschaftsraums verstoßen. Und die Briten ver-

Zwei Drittel der Isländer sprachen sich in Umfragen gegen das Abkommen aus: Man könne nicht eine ganze Nation für Verbrechen einiger privater Banken endlos leiden lassen. Sogar Vergleiche mit dem Vertrag von Versailles wurden gezogen, von „Erpressung“ und „endloser Versklavung der Nation“ war die Rede – auch mit Blick auf die Auflage des IWF, demnächst das Haushaltsdefizit abzubauen. Insbesondere der Zorn auf die Briten, denen man wegen ihrer Beschlagnahme der isländischen Konten eine erhebliche Mitschuld am Zusammenbruch der Banken anlastete, wuchs immer mehr. Die französische Anti-Korruptions-Beraterin der isländischen Regierung, die aus Norwegen stammende Eva Joly, warf in mehreren Artikeln der Regierung in London vor, die britischen Aufsichtsbehörden hätten Icesave mangelhaft kontrolliert.

Andererseits pochten Briten und Niederländer auf die Einhaltung des Abkommens und die Entschädigung ihrer Bürger. Ohne Einhaltung des Abkommens, so viel schien klar, werde es keine weiteren Kredite der EU für Island geben, und auch die Kredite des IWF würden nicht mehr ausgezahlt. Zugleich war klar, dass die Verhandlungen über Islands EU-Beitritt am Widerstand der Briten und Niederländer scheitern würden. Die Warnungen der Regierung, bei einer Ablehnung des Abkommens werde es keine weiteren Kreditzahlungen an Island geben und damit werde der Staatsbankrott real, schienen nichts zu fruchten.

Am Samstag nun hat sich der Finanzausschuss des isländischen Parlaments auf einen Kompromiss über Beschränkungen und Zusätze zum Abkommen geeinigt, der den Koalitionsabgeordneten doch noch eine Zustimmung zum Abkommen möglich machen könnte. Ausgehandelt wurden Zusätze zum Icesave-Abkommen – etwa der Vorbehalt, dass die Höhe der Rückzahlungsraten an das Wirtschaftswachstum geknüpft wird. Die Rückzahlung solle nicht mehr als vier Prozent des Bruttoinlandsproduktes im Fall des britischen Kredits und nicht mehr als zwei Prozent im Fall des niederländischen Kredits betragen. Heikler ist der generelle Vorbehalt, dass zunächst geprüft werden soll, ob die isländische Regierung überhaupt für die Kredite verantwortlich ist; gegebenenfalls soll das Parlament die souve-



„EZB, IWF, Icesave – nein danke“: Protest in der vorigen Woche in Reykjavik Foto Reuters

ren Garantien beschränken können. Zudem will Island festgeschrieben sehen, dass Besitzstände des isländischen Staates auch im Ausland nicht beschlagnahmt werden dürfen. In den kommenden drei Lesungen des Gesetzes über die Icesave-Regelung könnten noch weitere Änderungen hinzukommen. Auch wenn jetzt ein positives Votum im Althingi sicher scheint: Am Ende wird alles davon abhängen, ob London und Den Haag, die bisher alle Änderungen abgelehnt haben, den vom Finanzausschuss vorgelegten Vertragszusätzen zustimmen. Und dies scheint angesichts der generellen Revisionsklausel eher unwahrscheinlich. Die isländische Regierung, die nach eigenem Bekunden mit den Briten und Niederländern sowie mit der EU in ständigem Kontakt stand, deutete an, man rechne mit einer Zustimmung. Schließlich könnten auch die Briten und Niederländer nicht an einem Bankrott Islands interessiert sein.

## Mit Geschmäcke

Erwin Teufel feiert seinen 70. Geburtstag nicht in Stuttgart / Von Rüdiger Soldt

STUTT GART, im August. Die Geburtstagsfeier für den früheren baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth vor zwei Jahren war nach Günther Oettingers Geschmack – wie ja im Grunde vieles, was Späth machte und dachte. Damals, im Herbst 2007, feierte Späth im Neuen Schloss. Der frühere Ministerpräsident zahlte selbst, und Oettinger durfte die Laudatio halten. Späth war für Oettinger eine Art geistiger Ziehvater. Beide waren und sind wirtschaftsliberale „Antikohlilianer“. Das Verhältnis zwischen Günther Oettinger und seinem direkten Vorgänger im Ministerpräsidentenam, Erwin Teufel, dagegen ist weniger herzlich. Zumindest bei Teufel sind große Distanz und dauerhaftes Misstrauen zu spüren; dazu muss man nur Teufels neuestes Buch lesen.

Nun ist Günther Oettinger ein Mensch, der im Verhältnis zu anderen Menschen, selbst seinen politischen Gegnern, den offenen Unfrieden nur über kurze Zeit ertragen kann. Oettinger liebt die Harmonie. Am Tag hetzt er von Termin zu Termin; am Abend feiert er kameradschaftlich. Man darf also annehmen, dass er auch zu Teufel ein gutes Verhältnis aufbauen möchte. Teufel wird am 4. September 70 Jahre alt. Vor Wochen war Teufel zu Gast in Oettingers Staatskanzlei. Es soll ein an-



Teufel und sein Nachfolger (2004) Foto dpa

genehmes Gespräch gewesen sein. Gern hätte Oettinger seinen Vorgänger davon überzeugt, den Geburtstag in Stuttgart ähnlich aufwendig wie den Späths zu feiern. Doch Teufel bleibt sich treu. Eine Feier in Stuttgart, auf der womöglich Oettinger auch noch als Laudator aufträte, woll-

te er um keinen Preis. So feiert er am Tag seines Geburtstags zu Hause in Spaichingen. Der Bürgermeister will eine Rede halten. Damit ist aber der Landespartei, der Fraktion und auch Oettinger nicht geholfen. Damit die meisten von Teufels politischen Weggefährten, die ihn wie die Bürger in guter Erinnerung haben, eine Möglichkeit zur Gratulation haben, tüftelte die Landtagsfraktion mit großem diplomatischen Geschick mehrere Wochen an einem Kompromiss: Wenn die Fraktion anlässlich ihrer Herbstklausur in Friedrichshafen tagt, soll es am Abend des 15. September im „Schloss Montfort“ in Langenargen unter Ausschluss der Öffentlichkeit eine Feier für Erwin Teufel geben.

Nur dank diplomatischen und psychologischen Geschicks kam der Kompromiss überhaupt zustande. Was sich auch daran erkennen lässt, dass die Einladung vom Fraktionsvorsitzenden Stefan Mappus ausgesprochen wurde und Oettinger die Karte nur unterschreiben durfte. Wiederum aus diplomatischen Gründen schweigt der Sprecher der Fraktion eisern über den Festakt. Als Erster dürfte der Fraktionsvorsitzende das Wort ergreifen, später dann wird wohl auch Oettinger kurz reden dürfen. Falls Zwickigkeiten zutage treten sollten, was in Großfamilien ja gelegentlich vorkommt, bietet das Schloss genügend Ausweichmöglichkeiten – im Keller ist die Diskothek „Hugo“.

Wissenschaft: Joachim Müller-Jung; Neue Sachbücher: Christian Geyer; Politische Bücher: Prof. Dr. Rainer Blasius; Recht und Steuern: Dr. Joachim Jahn; Reiseblatt: Freddy Langer; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Wolfgang Peters.

Bildredaktion: Christian Pohler; Chefin vom Dienst: Dr. Elena Geus; Grafische Gestaltung: Johannes Janssen; Informationsgrafik: Thomas Heumann; Internet-Koordination: Dr. Holger Schmidt.

Geschäftsführung: Tobias Trevisan (Sprecher); Dr. Roland Gerschermann. Verantwortlich für Anzeigen: Andreas Formen (Verlagsgeschäftsführer); für Anzeigenproduktion: Stephan Puls.

Anzeigenpreisleiste Nr. 6 vom 1. Januar 2009 an; für Stellenanzeigen: F.A.Z.-Stellenmarkt-Preisleiste Nr. 3 vom 1. Januar 2009 an.

MONATSBEZUGSPREISE: Abonnement Deutschland-Ausgabe 39,50 €, einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 44,50 €. Abonnement Rhein-Main-Ausgabe 39,50 €, einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 44,50 € (bei Postbezugs Lieferung am Montag – bei Feiertagen am darauffolgenden Werktag). Studierende, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 18,00 €, einschließlich Frankfurter Allgemeine Hochschulzeitung 18,50 €. Weitere Preise auf Anfrage oder unter www.faz.net. Alle Preise bei Zustellung frei Haus, jeweils einschließlich Zustell- und Versandgebühren sowie 7 % Umsatzsteuer; im Aus-

land 49,50 € einschließlich Porto, gegebenenfalls zuzüglich Luftpostgebühren. Erscheint werktäglich. Frankfurter Allgemeine Zeitung D2954A und D2955A.

Abonnementrückstellungen sind schriftlich mit einer Frist von 20 Tagen zum Monatsende bzw. zum Ende des vorausgerechneten Bezugszeitraumes möglich. Gerichtsstand Frankfurt am Main.

NACHDRUCKE: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wird in gedruckter und digitaler Form verbreitet und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urheberrecht nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der F.A.Z. GmbH online erwerben unter www.faz-archiv.de/syndikation. Auskunftsunter syndikation@faz.de oder telefonisch unter (069) 7591-2985. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder telefonisch unter (0 30) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN

DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 4 – 6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutsche Societäts-Druckerei GmbH, Lise-Meitner-Straße 7, 82216 Maisach.

Antiliches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION: Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2 – 4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

TELEFON: (069) 7591-0. Anzeigenservice: (069) 7591-33 44. Abonnementenservice: 01 80 - 2 34 46 77 (6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz, aus Mobilfunknetzen gegebenenfalls abweichende Preise) oder www.faz.net/leserportal. Telefax: Anzeigen (0 69) 75 91 - 23 33; Redaktion (0 69) 75 91-17 43; Vertrieb (0 69) 75 91 - 21 80.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de

Postbank Frankfurt am Main (BLZ 500 100 60) Konto-Nr. 91 393 - 604

Frankfurter Allgemeine

Frankfurter Zeitung  
Gründungs-herausgeber Erich Welter †

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE: für Innenpolitik: Stefan Dietrich; für Außenpolitik: Klaus-Dieter Frankenberger; für Nachrichten: Dr. Jasper von Altenbockum; für „Zeitgeschichte“: Dr. Georg Paul Hefty; für „Die Gegenwart“: Horst Bacla; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung: Holger Appel; für Unternehmen: Carsten Knop; für Finanzmarkt: Gerald Braunberger; für Sport: Jörg Hahn; Fußball-Koordination: Roland Zorn; für Feuilleton: Patrick Bahners, Verena Lueken (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Felicitas von Lovenberg; für Rhein-Main-Zeitung: Dr. Matthias Alexander (Stadt), Peter Lückemeier (Region).

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Holger Appel; Bilder und Zeiten: Andreas Plattaus; Bildungswelten: Dr. h.c. Heike Schmolli; Die Lounge: Carsten Knop; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; Geisteswissenschaften: Jürgen Kaube; Immobilienmarkt: Steffen Utlich; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Dr. Lukas Weber; Kunstmarkt: Dr. Rose-Maria Gropp; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Georg Giersberg; Natur und